

nachrichten

Dezember
2017



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages
und des Europäischen Parlaments e. V.

Editorial

Rita Pawelski

Informationen

Termine

Personalien

Titelthemen

Mitgliederreise
Saarland und Luxemburg

Berichte / Erlebtes

Europäische Assoziation

Jahreshauptversammlung
in Bonn

Mein Leben danach

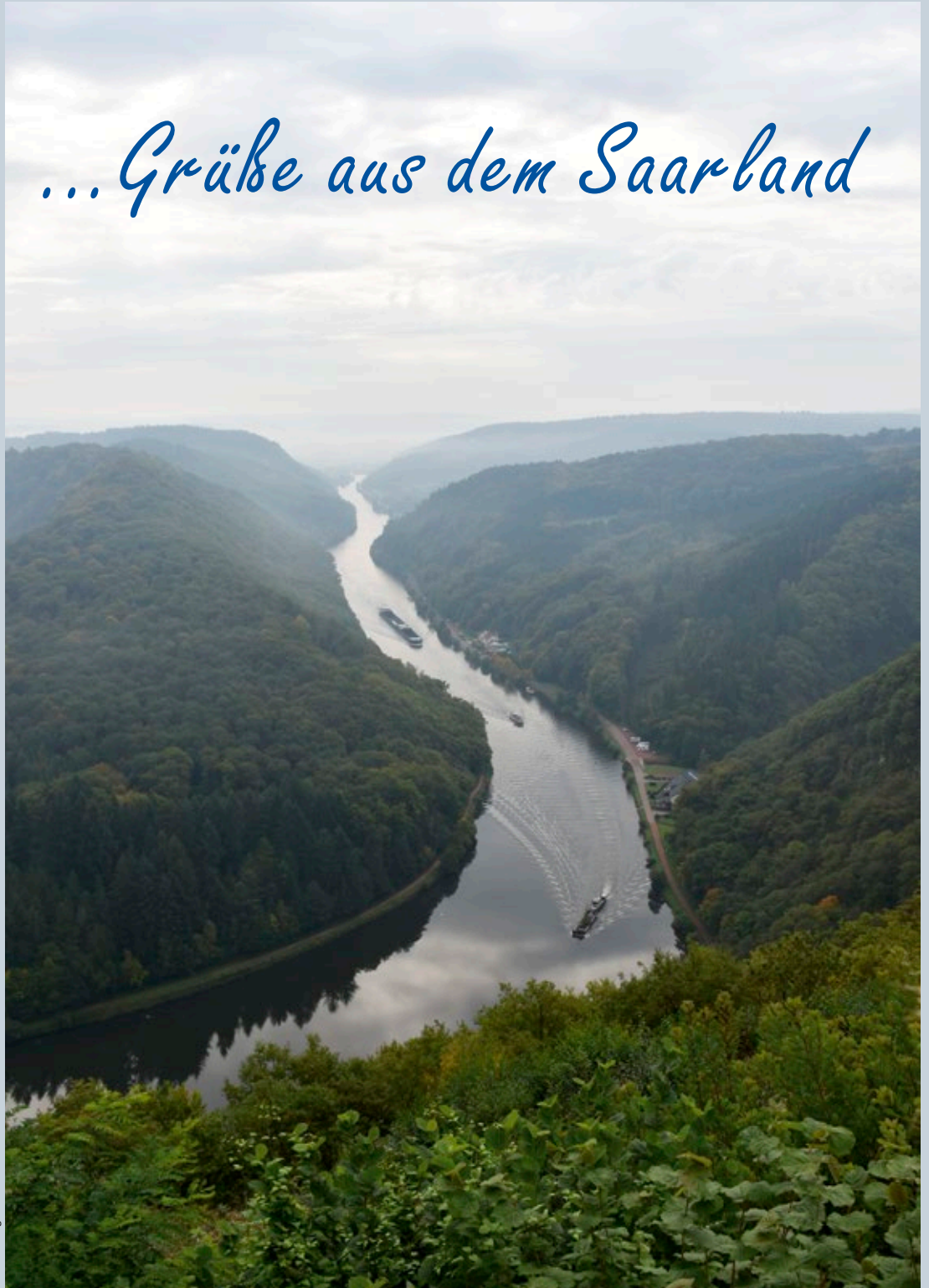
Erlesenes

Aktuelles

Die Geschäftsführerin
informiert

Jubilare

... Gräbe aus dem Saarland





Willkommen in der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten, liebe neue Ehemalige!

Für mehr als 200 Abgeordnete beginnt nun eine neue Lebenszeit. Sie gehören dem Deutschen Bundestag nicht mehr an. Je nach Alter starten sie entweder in eine neue Phase der Berufs-

tätigkeit oder sie bereiten sich auf ihren dritten Lebensabschnitt vor. Aber egal, was für sie für sich und ihre Zukunft geplant haben: die Zeit im Bundestag ist nun Vergangenheit.

Ich weiß aus Erfahrung, dass der Übergang in die neue Zeit von vielen Erinnerungen – und manchmal auch von Wehmut – begleitet wird. Man hat doch aus Überzeugung im Deutschen Bundestag gearbeitet... und oft auch mit Herzblut. Man hatte sich an den Arbeitsrhythmus gewöhnt und daran, dass der Tag oft 14 bis 16 Arbeitsstunden hatte. Man schätzte die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büro, die Planungen übernommen, Reisen gebucht, an Geburtstage erinnert, den Terminkalender geführt, Sitzungen vorbereitet und Akten sortiert haben. Auf einmal ist man selbst dafür zuständig: welchen Zug muss ich nehmen, wann fährt der Bus, wer hat wann Geburtstag. Aber auch das weiß ich aus eigener Erfahrung: man lernt es!

Ich erinnere mich mit großer Freude und Demut an meine Abgeordnetenzzeit: welch großes Glück hatte ich, dass ich Deutschland an dieser exponierten Stelle dienen konnte. Ich habe so viele positive Erinnerungen an diese Zeit. Und es ist schön, die Erinnerungen mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu teilen. Das können sie in unserer Vereinigung. Wir planen gemeinsame Veranstaltungen, Reisen und treffen dort ehemalige Kolleginnen und Kollegen. Außerdem berichten wir in unserem Magazin „nachrichten“ über die Aktivitäten unserer Mitglieder.

Sie sollen wissen, dass wir, die Mitarbeiterinnen der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten, in unserem Büro „Unter den Linden 71“ für Sie da sind. Besuchen Sie uns doch einmal in Berlin. Wir freuen uns auf Sie.

Ihre

Termine

- | | |
|-------------------|--|
| 20.03.2018 | Frühlingsempfang der DPG (voraussichtlich) |
| 21.03.2018 | Mitgliederversammlung der DPG (voraussichtlich) |
| 14./15.05.2018 | Mitgliederveranstaltung mit Empfang des Bundespräsidenten / Jahreshauptversammlung mit Wahl / Studientag „Die Zukunft Europas“ |
| 12.-20. Juni 2018 | Mitgliederreise nach Rumänien |

Personalien



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

Dr. Hermann Otto Solms eröffnete am 24.10.2017 die konstituierende Sitzung des 19. Deutschen Bundestages. Der frühere Bundestagsvizepräsident übernahm als zweidienstältester Abgeordneter diese Aufgabe von **Dr. Wolfgang Schäuble**, der zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde.

In seiner Rede forderte Solms eine lebendige und lebensnahe Debattenkultur. „Wir müssen die unterschiedlichen Positionen klar und deutlich herausarbeiten, damit die Wähler sich bei ihrer Wahlentscheidung daran orientieren können“, so Solms. Für die Abgeordneten müsse der lateinische Grundsatz gelten „Suaviter in modo, fortiter in re“: maßvoll im Ton, aber entschieden in der Sache.

Mit seinem Wiedereinzug in den Bundestag gehört der ehemalige FDP-Vizepräsident vorerst nicht mehr der Vereinigung der „Ehemaligen“ an. Ebenfalls wiedergewählt wurden **Christine Aschenberg-Dugnus** (FDP), **Otto Fricke** (FDP) und **Peter Aumer** (CSU).

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag hat die politische Landschaft verändert: Während die AFD 2013 noch knapp an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte, ist sie 2017 als drittstärkste Partei in den Deutschen Bundestag eingezogen. Viele sind besorgt, weil erstmalig eine rechtspopulistische Partei den Sprung in den Bundestag geschafft hat. Ich teile diese Sorge und werbe dennoch für eine andere Sichtweise.

Konrad Adenauer soll einmal gesagt haben: „Nehmen Sie die Menschen, wie sie sind, andere gibt’s nicht.“ Wir alle haben gewusst, dass es rechtspopulistische Strömungen in der Gesellschaft gibt, die sich zunehmend lauter und sichtbarer zeigten, und uns dennoch zu wenig mit den Motiven der heterogenen Anhängerschaft auseinandergesetzt. Tauchten sie auf der einen Straßenseite auf, gingen wir eher auf die andere. Hörten wir die platten rechtspopulistischen Sprüche, setzten wir antipopulistische Sprüche dagegen. Beleidigungen für den jeweils anderen hatten Hochkonjunktur. Sie zogen einerseits die Gräben tiefer und schweißten andererseits zusammen.

Die im Bundestag vertretenen Parteien schotteten sich ab aus Furcht, jede Aufmerksamkeit könne die Rechtspopulisten stärken. Sie waren sich einig in dem Gefühl, zu den Guten zu gehören, und könnten dabei den Auftrag aus § 1,2 Parteiengesetz vernachlässigt haben, an der Bildung des politischen Willens des Volkes mitzuwirken ... und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen zu sorgen.

Adenauers einfache Weisheit hat sich bestätigt: andere Menschen gibt es nicht. Sie haben die AFD als eine von sieben Parteien in den Bundestag gewählt und sie somit in die repräsentative Demokratie eingegliedert. Ihr Einzug in die Parlamente zeigt, dass unsere Parteiendemokratie durchaus funktioniert. Fühlen sich hinreichend viele Bürgerinnen und Bürger politisch nicht repräsentiert, wählen sie eine neue Partei in den Bundestag. Die 12,6 Prozent für die AFD zeigen allerdings auch, dass das auf den Straßen zu hörende Gegröle, alleine Volkes Meinung zu vertreten, eine realitätsferne, maßlose Selbstüberschätzung ist. Sie sind zunächst eine Minderheit und stehen einer überwältigenden Mehrheit Andersdenkender gegenüber.

Es ist eine große Chance und Herausforderung für die im Bundestag etablierten Parteien, sich jetzt mit der AFD in allen politischen

Fragen streiten zu können. Niemand kann mehr auf die andere Straßenseite ausweichen; der Plenarsaal zwingt alle zur öffentlichen Auseinandersetzung. Das ist zugegebenermaßen eine anspruchsvolle Aufgabe für die etablierten Parteien sowohl in der Regierung als auch in der Opposition. Aber es ist auch eine äußerst notwendige Aufgabe.



Denn die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag hat uns vor Augen geführt, dass die Parteiendemokratie an sich über kein inhaltliches Wertesystem verfügt. Sie ist lediglich ein inhaltsleeres demokratisches Gerüst, das die Repräsentation des Volkswillens im Parlament ermöglichen soll. Es obliegt den Parteien, dieses demokratische System mit politischen Inhalten zu füllen.

Die Wählerschaft ist mittlerweile äußerst volatil. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Parteienkonkurrenz im 19. Deutschen Bundestag dazu führte, dass die Wählerschaft der Problemlösungskompetenz der Parteien wieder mehr zutrauten und die rechtspopulistischen Aussagen als destruktiven Irrweg erkannten. Ob der Wahlkampf, der uns bei Neuwahlen wieder ins Haus stünde, dafür die richtige Plattform bildet, möchte ich allerdings bezweifeln.

Ihre

Mitgliederreise Saarland und Luxemburg

Empfang im Landtag Saarbrücken



Begrüßung der Ehemaligen im Plenarsaal des saarländischen Landtages durch den Präsidenten und den Direktor des Landtages



Präsidentin Dr. Edith Niehuis, Parl. Staatssekretärin a. D., mit Landtagspräsident Klaus Meiser, MdL

Das Wetter zeigte sich von der allerbesten Seite, die Sonne strahlte genauso wie wir Organisatorinnen der diesjährigen Länderbereisung und unsere 94 Gäste, die unserer Einladung ins Saarland und nach Luxemburg folgten.

Unsere erste Station war ein Besuch im saarländischen Landtag. Dort wollte uns ursprünglich Ministerpräsidentin **Annegret Kramp-Karrenbauer** empfangen. Zu unserem großen Bedauern musste sie kurzfristig absagen, weil zeitgleich

die Beerdigung des CDU-Politikers Minister a. D. **Heiner Geissler** stattfand.

Dafür bereiteten uns der Landtagspräsident **Klaus Meiser** und der Landtagsdirektor **Dr. Christof Zeyer** einen überaus freundlichen und großzügigen Empfang. Begleitet wurden die beiden Herren von der Vorsitzenden der Ehemaligen des Saarlandes, **Marianne Granz**.

In seiner Begrüßungsrede beschrieb der Landtagspräsident die Historie des Landes und die Zusammensetzung des Landtages: 24 CDU-Abgeordnete, 17 SPD, 7 Linke und 3 von der AFD. Letztere fielen nicht durch kluge Anträge auf, beteuerte er.

Viel Zustimmung fand die Regelung des Landtages, was die Gesamtzahl der Mandate im Parlament betrifft: 51 Plätze sind bei Landtagswahlen zu vergeben, mehr nicht – egal, wie das Wahlergebnis ausfällt. So mancher Mitreisende nickte zustimmend und dachte sicher an den doch stark angewachsenen Bundestag: statt der gesetzlich vorgesehenen 598 Abgeordneten sitzen im 19. Bundestag 709 Mandatsträger.

Sehr ausführlich wurde durch einen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung das Gebäude vorgestellt. Bis hin zur Lichtgestaltung im Plenarsaal (es wirft keine Schatten, was sich bei Übertragungen im Fernsehen als überaus positiv herausgestellt hat) wurden wir detailgenau informiert. Das Haus wurde von 1864 bis 1866 von der Casinogesellschaft als repräsentativer zweigeschossiger Solitärbau mit Parkanlage im barocken Stil errichtet. Seit 1947 ist es Sitz des saarländischen Landtages.

Die Präsidentin **Dr. Edith Niehuis**, Parl. Staatssekretärin a. D., stellte abschließend die Arbeit unserer Vereinigung vor und bedankte sich für den Empfang und die Einladung zum Mittagessen.

Rita Pawelski



Besuch der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg

© EIB/ Mireia Gonzalez Tornijos (2)



Mitglied Dr. Werner Hoyer, Präsident der EIB



Ehemalige mit der Stv. Generalsekretärin der EIB, Marjut Santoni (rechts außen)

Der zweite Tag unserer Mitgliederreise führte uns nach Luxemburg. Dort besuchten wir die Europäische Investitionsbank (EIB). Nach einer Einleitung über die Geschichte der EIB ging der Referent auf die Architektur der Gebäude ein. Das in 2008 zuletzt fertig gestellte Gebäude – auffallend durch seine Glasfassade – erhielt die Zertifizierung nach dem britischen Öko-Standard „Bespoke BREEAM“ mit der Bewertung „sehr gut“. Insgesamt arbeiten bei der Bank 3.000 Mitarbeiter aus den 28 Mitgliedstaaten. Das Personal ist zweisprachig (englisch und französisch). Es gibt mehrere Kitas, die Cafeterias sind so ausgestattet, dass sie für Arbeitstreffen oder Besprechungen genutzt werden können.

Nach einer kurzen Führung durch das Haus begrüßte uns **Dr. Werner Hoyer**, Präsident der EIB und Mitglied unserer Vereinigung. Er freute sich, dass er viele bekannte Gesichter unter der Teilnehmern ausfindig machen konnte. Dr. Hoyer schied 2011 aus dem Deutschen Bundestag aus, um sein Amt in der EIB anzutreten. Erstmals besuchte er die Bank 1987 mit dem Verteidigungsausschuss.

Der Präsident wurde begleitet von der Stv. Generalsekretärin **Marjut Santoni**, die die

Aktivitäten der EIB Gruppe vorstellte. Die Investitionen der Bank fließen in verschiedene Bereiche, wie bspw. Umweltschutz, Infrastruktur oder Innovationen und werden vor allem kleinen und mittleren Betrieben zur Verfügung gestellt. Zu den Anteilseignern der Bank zählen neben den 28 Mitgliedstaaten der Europäische Investment Fund (EIF), die Europäische Kommission sowie öffentliche und private Finanzinstitute. Die EIB ist nicht nur ein europäischer, sondern auch ein weltweiter Player. So finanziert sie auch über die EU-Grenzen hinaus: in die EFTA Staaten, die östlichen und südlichen Nachbarländer, die AKP-Staaten, in Asien und Lateinamerika.

Auf die Frage nach der Flüchtlingsthematik erklärte Dr. Hoyer, dass gerade in die Länder investiert werden müsse, aus denen Menschen aufgrund der ökonomischen Situation fliehen. So werden bspw. in den Mittelmeer Anrainerstaaten und auf dem Balkan 37 Mrd. Euro in Projekte finanziert.

Durch die politische Auseinandersetzung mit Russland wurden die Finanzierungen gestoppt, dafür werden nun mehr Projekte in der Ukraine und Moldavien gefördert.

© Simone Thurov



„Jamaika-Koalition“ an der Saarschleife: Ernst Burgbacher (FDP), Parl. Staatssekretär a. D., Irmgard Schewe-Gerigk (DIE GRÜNEN), Maria Eichhorn (CSU) und Dr. Peter Paziorek (CDU), Parl. Staatssekretär a. D.



© Carmen Pögelow (4)

Heute ist die Bank Vorreiter bei Investitionen im Bereich Klimaschutz. So wurden 2007 bis 2016 für Projekte in diesem Bereich ca. 19 Mrd. Euro ausgezahlt. Ein Beispiel ist der Energiepark Bruck und die Finanzierung von zwei Winkraftanlagen.

Ein weiteres Projekt, das sich noch in der Umsetzung befindet, ist die Regenierung der Ems, ein für die Region bedeutendes Projekt, finanziert aus Mitteln der EIB.

Angelika Krüger-Leißner, Ehepaar Künstel-Wohleben und Prof. h. c. Dr. Dieter Grasedieck (v. l. n. r.)



Bei dem anschließenden hervorragenden Mittagessen beantwortete der Präsident die zahlreichen Fragen der Mitglieder. Der Besuch der Europäischen Investitionsbank hat einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Der geführte Stadtrundgang durch Luxemburg bei strahlendem Sonnenschein und der anschließende Besuch im Weingut **Gerd Petgen** machten den Tag vollkommen.

Wiedersehensfreude mit Roswitha Verhülndonk, Parl. Staatssekretärin a. D (links)

Wilmya Zimmermann



Präsident der saarländischen Winzer, Gerd Petgen, führt durch seinen Weinberg

Welkulturerbe Völklinger Hütte



Sicherheit geht vor

Ausflugsziel am letzten Tag war das 1986 stillgelegte Eisenwerk in Völklingen – die Völklinger Hütte. Gegründet 1873 durch Julius Buch und 1881 wiedereröffnet durch Carl Röchling entwickelte sich die „Völklinger Eisenwerk

Gebr. Röchling“ innerhalb eines Jahrzehnts zu einem der größten Roheisen- und Stahlerzeuger in Deutschland. Während des Zweiten Weltkrieges arbeiteten etwa 70.000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in den Bergwerken, Hütten und

Fabriken des Saargebietes, davon 14.000 Männer und Frauen in der Völklinger Hütte.

1952 erreichte die Hütte ihren Produktionshöchststand, bedingt durch den Bauboom in der Nachkriegszeit. 1986 wurde die Völklinger Hütte stillgelegt.

Die Völklinger Hütte ist die bedeutendste historische Hütte des Saarlandes und technikgeschichtlich in Europa einzigartig. Die Anlage stellt technische Innovationen der Maschinenbau- und Ingenieurbaukunst des frühen 20. Jahrhunderts dar, die weltweit Vorbild wurden. 1995 wurde sie in der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz stellte erhebliche Mittel für die Instandsetzung zur Verfügung.



Imposantes Industriedenkmal

Vorstandssitzung der Europäischen Assoziation

Tagung in Malta



© Rune Rydén

Delegierte Ingrid Matthäus-Maier und Klaus Francke

Am 3. und 4. November 2017 fand in Malta auf Anregung des Präsidenten der Europäischen Assoziation (EA), **Lino DeBono**, ein Seminar über das Problem der Staatenlosigkeit statt. Es folgte anschließend eine Vorstandssitzung. Die deutsche Delegation wurde vertreten durch **Klaus Francke** und mich. Anwesend beim Seminar war auch **Dr. Elisabeth Altmann**.

In der Einführung von **Shahrbanou Tadjbakhsh** und **Inge Sturkenboom** von der UNHCR, einem Vortrag des früheren Justizministers von Malta und ehemaligen EU-Kommissars **Tonio Borg** sowie Maltas Heimatminister **Michael Farrugia** wurden erschreckende Zahlen über Staatenlose in Europa und der Welt vorgetragen. Es seien über eine halbe Million. Nach einer umfangreichen Diskussion wurde eine Deklaration mit mehreren konkreten Forderungen verabschiedet. Dazu gehören insbesondere: die Abschaffung der Frauendiskriminierung,

denn – im Unterschied zu Männern – können Frauen in vielen Ländern bei der Geburt ihrer Kinder ihnen nicht automatisch die Nationalität übertragen, die Unterzeichnung der entsprechenden Konventionen zur Situation der staatenlosen Personen von 1954 und 1961, eine Beschleunigung der komplizierten Anerkennungsverfahren und eine Gewährung von Gesundheitsleistungen an Staatenlose während ihres Aufenthaltes in einem Land.

In der anschließenden Vorstandssitzung ging es vor allem um den Entwurf einer Deklaration über die Zukunft von Europa. Dazu soll im Herbst 2018 ein Kolloquium stattfinden. Berichterstatter **Dr. Walter Schwimmer** aus Österreich hatte dazu einen ersten Entwurf vorgelegt aufgrund einer Umfrage bei den Mitgliedern der EA-Mitgliedsorganisationen. Aufgrund dieses Fragenkatalogs, den auch fast 50 deutsche Mitglieder beantwortet hatten, legte er eine umfangreiche Liste mit Vorschlägen vor. So soll z. B. die EU Mitglied des Europarates werden, wie es schon 2006 Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** vorgeschlagen habe. Der Europarat solle sich mehr einschalten in der Verteidigung von demokratischen Werten. Dabei sollten der Europarat

und die EU enger zusammenarbeiten, damit eben alle Länder Europas in diese Zusammenarbeit integriert werden. Das Prinzip der Subsidiarität solle aber weiter gelten. Dabei sei auch die parlamentarische Versammlung des Europarates stärker einzusetzen. Die zu beiden Themen von Klaus Francke eingebrachten Änderungsvorschläge wurden angenommen. In Deutschland wird hierzu am 14. Mai 2018 im Zusammenhang mit unserer Jahreshauptversammlung ein Studientag in Berlin stattfinden. Die Arbeit des Berichterstatters, vor allem auch sein umfangreiches Memorandum wurden positiv gewürdigt.

Die hervorragende Organisation durch den Präsidenten und die Gastfreundlichkeit wurden getrübt durch einen Eklat in der Vorstandssitzung: DeBono beharrte darauf, in einem Statement zu der Ermordung der maltesischen Journalistin **Caruana Galizia** auch den maltesischen Ministerpräsidenten von Malta positiv zu erwähnen. Da Galizia vor allem auch Untersuchungen gegen diesen und seine Frau vorgenommen hatte und bis heute Unsicherheit über die Situation besteht, wollten die meisten Delegationen, vor allem auch die deutsche, den Ministerpräsidenten nicht erwähnt haben, zumal sich die Familie entschieden gegen eine Beteiligung der Regierung an der Beerdigung ausgesprochen hat. DeBono liess darüber gegen alle Regeln der Satzung keine Diskussion zu und auch keine getrennte Abstimmung nach einzelnen Absätzen. Trotz dieses Eklats haben elf Ländervertreter mit Ja gestimmt, fünf sich enthalten und wir Deutschen unter Protest mit Nein gestimmt. Das Verhalten von DeBono wurde insgesamt als für einen Präsidenten unerträglich empfunden. Kollege Francke und ich fanden es zudem empörend, dass trotz des satzungswidrigen und unparlamentarischen Verhaltens von DeBono noch elf Delegationen mit Ja gestimmt haben.

Ingrid Matthäus-Maier

Jahreshauptversammlung in Bonn

Am 21. November 2017 fand die diesjährige Mitgliederversammlung im Bundespresseamt in Bonn statt. Zu Beginn der Veranstaltung führte **Prof. Dr. Tilman Mayer** vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn eine Analyse der letzten Bundestagswahl durch. Bei den Einschätzungen ging es sowohl um die Antworten der Bevölkerung als auch um die Anhänger der Partei (innerparteiliche Betrachtung). Seine Erkenntnisse stützt Prof. Dr. Mayer auf öffentlich zugängliche Daten und Analysen, wie z. B. von Infratest dimap.

Im Zentrum der Betrachtung standen die Volksparteien. Bei seiner Analyse ging es sowohl um die Bewertung der Parteien und ihrer Kompetenzen als auch um einen Profilvergleich der beiden Kanzlerkandidaten. So sei der um **Martin Schulz** entstandene Hype für Soziologen rätsel-

haft, so Prof. Dr. Mayer. Der starke Abwärtstrend der Parteien ließe eine deutliche Destabilisierung der politischen Kultur erkennen.

Auch bei den Erstwählern sei, so Prof. Dr. Mayer, die Unterscheidung nach Ost und West nach wie vor für eine zentrale Unterscheidungskategorie. Noch lange nicht könne man ein deutschlandweites Stimmungsbild abgeben. Gerade die letzte Bundestagswahl habe die Unterschiedlichkeiten zwischen Ost und West gezeigt.

Die AfD, die eine besondere Rolle in der diesjährigen Bundestagswahl einnimmt, beziehe ihre Wähler zum großen Teil auch von denjenigen, die mit ihrem Wahlverhalten vor allem eine antipolitische Haltung zum Ausdruck bringen wollen. Mit der sogenannten „political alienation“ (politische Entfremdung) könne man leben, so lange

sie nicht Überhand nehme. Die großen Volksparteien hätten durch das Aufleben der AfD gelitten. So gaben 21 % der Befragten an, zuvor CDU gewählt zu haben, 10 % waren vormals SPD-Wähler. Mit Blick auf die Wählerwanderung zur AfD gab Prof. Dr. Mayer zu bedenken, dass bei der Befragung vermutlich nicht mehr alle Wähler wussten, wen sie bei der letzten Wahl gewählt haben. Bedenklich findet Prof. Dr. Mayer, dass die AfD eine Arbeiterpartei geworden ist. So bildeten die Arbeiter nach den Arbeitslosen die zweitgrößte Gruppe der AfD-Wähler.

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Entwicklung Deutschlands seit dem Mauerfall beantworten in



Präsidentin Dr. Edith Niehuis, Parl. Staatssekretärin a. D., Vizepräsidenten Dr. Peter Paziorek, Parl. Staatssekretär a. D. (links), und Ernst Burgbacher, Parl. Staatssekretär a. D., sowie Referent Prof. Dr. Tilman Mayer (rechts)



Mitgliederversammlung

diesem Jahr 19 % der Befragten mit „unzufrieden“. Vor vier Jahren waren es noch 34 %. Das ließe erkennen, dass sich die Unzufriedenheit abbaue. Allerdings finden noch 74 % im Osten, dass die Unterschiede zwischen Ost und West sehr groß sind. Diese Aussage, so Prof. Dr. Mayer, sei für die zukünftige politische Arbeit wichtig.

Im Anschluss an den Vortrag blieb noch ausreichend Zeit für Fragen der Mitglieder. So interessierte **Martin Dörmann**, warum es gerade gerade in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl den deutlichen Trend der SPD nach unten gegeben habe. Er fragte sich auch, ob die fehlenden Koalitionsaussagen möglicherweise Einfluss auf das Wähler-

verhalten hatten. **Hedi Wegener** regte an, bei der Analyse der Parteien die CDU und CSU gesondert zu betrachten. Die letzten Wochen

haben gezeigt, dass sie eben nicht „in einen Topf geworfen werden können“, so Wegener. Außerdem hätten viele Menschen im Westen



Brigitte Schulte, Parl. Staatssekretärin a. D.



Martin Dörmann



Dr. Wilhelm Knabe



Hedi Wegener

aber auch vor allem im Osten gar keine Chance, die CSU zu wählen. Auf die Frage von **Christel Humme** nach der Rolle der Medien bei der Meinungsbildung gibt Prof. Dr. Mayer zu bedenken, dass vor allem das Fernsehen für die Wähler am wichtigsten sei. Auch **Dr. Wilhelm Knabe** vermutete, dass die Kompetenzzuschreibung mit der Darstellung in den Medien zusammenhänge. **Ernst Burgbacher**, Parl. Staatssekretär a. D., wollte wissen, ob es auch gruppenspezifische Wahlanalysen gäbe, wie bspw. zu Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion. **Irmingard Schewe-Gerigk** interessierte in diesem Zusammenhang, ob der Wahlkampf ggf. von außen beeinflusst wurde. **Dr. Wolfgang Weng** wollte wissen, ob die Vergrößerung des Bundestages zum verminderten Einfluss des Parlaments führe. **Brigitte Schulte**, Parl. Staatssekretärin a. D., hält die Vielzahl der Parteien für bedenklich. **Friedhelm Ost**, Staatssekretär a. D., merkte an, dass das Flüchtlingsproblem allein nicht ausschlaggebend für die Expansion der AfD in den neuen Bundesländern sein könne, schließlich wäre das Flüchtlingsproblem – im Vergleich mit anderen Bundesländern – hier nicht so präsent. **Dr. Barbara Höll** aus Sachsen erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die AfD die berühmte „Arbeit vor Ort“ gemacht habe, als andere Parteien sich in vielen Bereichen zurückgezogen haben. Somit habe sie sich schon über Jahre hier aufgebaut. Für die Untersuchungen wünscht sie sich, dass mehr regionale Unterschiede hervorgehoben würden.

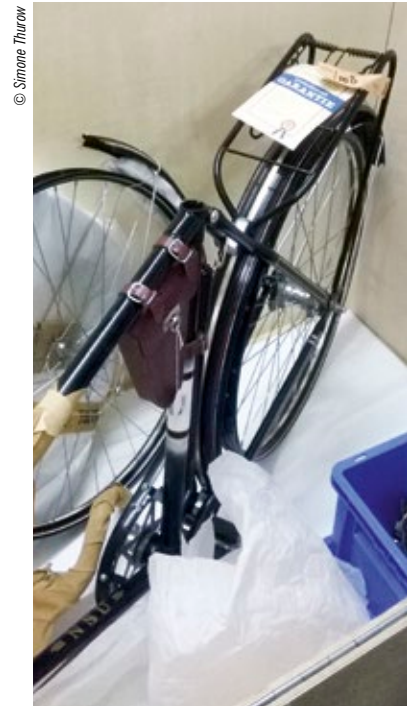
Nach der Mittagspause fand die Jahreshauptversammlung der Vereinigung statt. Die Präsidentin **Dr. Edith Niehuis**, Parl. Staatssekretärin a. D., blickte auf die Veranstaltungen der vergangenen Monate zurück und würdigte die Arbeit der Geschäftsstelle. Ernst Burgbacher, Parl. Staatssekretär a. D., dankte der Präsi-

den und der Geschäftsführerin, **Rita Pawelski**, für ihr Engagement. Abschließend erfolgten die Berichte des Rechnungsprüfers **Dr. Joachim Schmiele** und des EA-Ehrenpräsidenten **Prof. Dr. Uwe Holtz**.

Im Anschluss an die Versammlung besichtigten einige Mitglieder den Bundesrat. Der Nordflügel des Bundeshauses wurde 1949 für den Bundesrat errichtet und beherbergt seit dem Umzug im Jahr 2000 dessen Außenstelle. Hier sind heute noch die Büros verschiedener Ausschüsse des Bundesrates beheimatet, die hier zudem im Bedarfsfall tagen. Am 26. Mai 1952 wurde im Bundesratssaal in Bonn der Deutschlandvertrag unterzeichnet. Eine Ausstellung stellt die Akteure von damals vor und zeigt, wie sich das Grundgesetz bis 1990 weiterentwickelte.

Während einige Mitglieder den Bundesrat besuchten, nahmen andere Mitglieder an einer Führung durch das Depot im Haus der Geschichte statt. In den verschiedenen Depots werden Tausende Objekte gelagert. Besucherinnen und Besuchern bleibt der Zugang zu diesen Räumen normalerweise verschlossen.

Umso begeisterter waren die Mitglieder von dieser Führung. Drei Fundstücke im Depot



NSU-Fahrrad aus den 1950er Jahren

verdankt das Haus der Geschichte dem Ehemaligen **Karsten Knolle**. Von einer Kundgebung mit **Helmut Kohl** 1989 in Berlin brachte der damalige Journalist zwei Spruchbänder und eine Schärpe mit. Diese Stücke übergab er später dem Haus der Geschichte.

Carmen Pägelow



Ehemalige im historischen Plenarsaal des Bundesrates

Mein Leben nach dem Bundestag

Dr. Irmgard Schwaetzer



Präsidium der EKD-Synode, 2017

Nach Berlin wollte ich noch mit umziehen. Das hatte ich mir am Abend nach der Entscheidung des Bundestages bei Ossi an der Bar vorgenommen. Aber dann sollte Schluss sein als Abgeordnete. So habe ich es dann gemacht. Aber so ganz aus der Politik fernbleiben, das schien mir auch unmöglich. Also kandidierte ich für den Vorstand der Friedrich-Naumann-

Stiftung, wurde gewählt und konnte 11 Jahre über politische Konzepte und Grundlagen mitdenken. Vor allem konnte ich als Vorsitzende des Ausschusses in der Begabtenförderung mit vielen engagierten und kreativen jungen Menschen über ihre Vorstellungen von der Welt, ihre Pläne für ihr Leben reden. Und wahrnehmen, dass Freiheit für sie wie selbstverständlich das Engagement für die Gesellschaft und Verantwortung für die Bürger beinhaltet. Mein langjähriges Engagement für Menschenrechte und Entwicklungspolitik und meine Erfahrungen in der Außenpolitik konnte ich in Projekten der Friedrich-Naumann-Stiftung einbringen, was ich sehr gern getan habe.

Noch als Abgeordnete hatte ich mir vorgenommen eine Ausbildung als Sterbebegleiterin zu machen. Für mich war und ist die Einführung der aktiven Sterbehilfe in den Niederlanden, später in anderen Ländern, die von der Partnerpartei der FDP besonders vorangetrieben wurde, nicht akzeptabel. Für mich ist es eine wichtige Aufgabe, Sterbenden beizustehen, sie in ihren Ängsten zu begleiten. 2003 begann ich mit der praktischen ehrenamtlichen Arbeit in einem Hospiz in Berlin.



Ökumenischer Spaziergang in Jerusalem mit Erzbischof Robert Zollitsch, 2016

Nach der Ausbildung habe ich viele Jahre stationär und ambulant Sterbende begleitet. Viele berührende, unendlich traurige, aber auch Momente voller Hoffnung und manche lustige Erlebnisse haben mein eigenes Leben geprägt, gehen nicht mehr verloren. Nach einigen Jahren brauchte ich dann aber auch eine Pause.

Als ich gerade wieder mit der Hospizarbeit beginnen wollte wählte mich die Synode der EKD völlig überraschend zur Präses, also zu ihrer Vorsitzenden und nach 18 Monaten erneut für eine weitere Periode bis 2021. Die Synode beschließt die Gesetze der EKD, setzt den inhaltlichen Rahmen für die Arbeit der EKD und wählt den Rat. Das Präses-Amt ist nun ein anspruchsvolles Leitungsamt in der evangelischen Kirche, die ja im Sinne der reformatorischen Theologie auch Laien in die Leitungsverantwortung beruft. Im letzten Jahr habe ich viele Veranstaltungen des 500-jährigen Reformationsjubiläums mitgestaltet. Die Zukunft der christlichen Kirchen in unserer säkularen Gesellschaft wird uns noch vor große Aufgaben stellen. So hoffe ich, dass die Kraft noch lange für die vielen Aufgaben in dem mir übertragenen Amt reicht.



Mit Mitarbeitern der FNSt im Flüchtlingslager Za'atari in Jordanien nahe der syrischen Grenze, 2013

Geschichte als Hauptanliegen

Prof. Dr. Ludwig Elm

© pmat (2)



Bei der Heimarbeit Ende der 80-er Jahre

Für den Historiker war die Erfahrung als Obmann der Gruppe der PDS in der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „SED-Diktatur“ (1995-1998) der anregendste Impuls aus der 13. Wahlperiode. Ein Beitrag in Band IX/X der von der Gruppe herausgegebenen Reihe ANSichten zur Geschichte der DDR über „Geschichte im Bundestag“ signalisierte 1998 den Übergang in die Folgezeit.

Die Teilnahme am Politischen wurde an der Seite von Verfolgten des Naziregimes und antifaschistischen Widerstandskämpfern, die noch im hohen Alter mit großem Einsatz, nicht zuletzt unter der Jugend, wirkten, ehrenamtlich fortgesetzt. Das geschah in den antifaschistischen Verbänden in Thüringen, in den neuen Ländern sowie – nach dem bundesweiten Zusammenschluss im Oktober 2002 – in der VVN-BdA e. V. der Bundesrepublik.

Der Rückzug aus Wahlfunktionen erfolgte ab 2008, um sich auf geschichtswissenschaftliche Vorhaben zu konzentrieren. Es entstanden seit 1999 vier Bücher, mehrere Hefte in einer Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. sowie neben Vorträgen und Konferenz-

beiträgen zahlreiche Artikel und Rezensionen. Die Themen betrafen die bürgerlichen Parteien in Deutschland seit 1900, Gründungs- und Frühgeschichte der Bundesrepublik, Umgang mit der NS-Vergangenheit sowie Geschichte und politisches System der DDR.

Das schloss Beiträge zu Kontroversen wie beispielsweise um den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915/16, den 23. August 1939 – Tag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes – oder die DDR ein. Der letzte Artikel erschien im Oktober: „Zwei Häftlinge 1944. Adenauer, der ehemalige OB Kölns, und der Kommunist Eugen Zander“. Schließlich wurde dem inzwischen unmodern anmutenden philatelistischem Hobby mehr Zeit gewidmet, insbesondere mit Sammlungen zu Historie und Künsten auf Briefmarken.



Beim Bundestagswahlkampf 1994 in Rudolstadt mit Hans-Modrow

Erlesenes

Der ehemalige Europaabgeordnete **Klaus Wettig**, heute tätig als Verleger und Publizist, erhielt für seinen Beitrag „Als die Hannoveraner Preußen wurden“ einen Preis der Alexanderstiftung. In seinem Beitrag erinnert Klaus Wettig an die Annektion des Königreichs Hannover durch Preußen vor 150 Jahren aufgrund der Niederlage der Hannoveraner in der Schlacht bei Langensalza.



Jörg Koch
Marie-Elisabeth Klee –
Lebensbilder einer
Europäerin aus Worms
Worms Verlag, 2017
Gebunden, 160 Seiten, 24 €
978-3944380575

In diesem Jahr wurde die ehemalige Bundestagsabgeordnete und Europa-Politikerin Marie-Elisabeth Klee 95 Jahre alt. Aus Anlass ihres Geburtstages erschien die Biografie.



Johannes Gerster
Typen und Mythen
Von Franz-Josef Strauß und
Herbert Wehner bis heute
Leinpfad Verlag, 2017
gebunden, 124 Seiten, 10 €
ISBN 978-3-945782-23-1

Mit den Episoden blickt Johannes Gerster hinter die Kulissen der Politik und berichtet über Menschen im Zenit ihrer Macht. Damit legt er ein Zeitdokument vor, das sowohl ernst wie auch heiter ist.

Personalien

Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und öffentlichem Leben – darunter Bundestagspräsidentin a. D. **Prof. Dr. Rita Süßmuth** und **Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker** – unterzeichnen das Generationen Manifest, das zehn Forderungen an die Politik enthält. Auf Basis des Generationen Manifests soll ein Generationenvertrag entwickelt werden, der die Generationengerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt der politischen Arbeit und gesellschaftlichen Diskussion stellen soll. Alle Bürgerinnen

und Bürger sind eingeladen mit ihrer Unterschrift, diesen Appell an die Politik zu unterstützen (www.generationenmanifest.de).

Vertreter aus Politik und Gesellschaft würdigten am 25.10.2017 aus Anlass seines 80. Geburtstages die Verdienste und das Engagement von DRK-Präsident **Dr. Rudolf Seiters**. Im Namen der Bundeskanzlerin sprach Gesundheitsminister **Hermann Gröhe** dem DRK-Präsidenten den Dank für das „vorbildliche Wirken für unser Gemeinwesen“ aus. Bundestagspräsident **Dr. Wolfgang Schäuble** hob in seiner Rede das Verantwortungsbewusstsein Seiters und dessen langjähriges politisches Engagement hervor.

Dr. Rudolf Seiters gehörte 33 Jahre lang dem Bundestag an und ist seit 2003 Präsident des DRK. Er gibt dieses Amt am 1.12.2017 ab.



Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble (rechts) mit DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters und Ehefrau Brigitte Seiters in der DPG



Die Geschäftsführerin informiert

Für Ehemalige, die oft den Deutschen Bundestag besuchen, empfiehlt sich ein Hausausweis. Anträge auf Erteilung eines Hausausweises richten Sie an die **Zentrale Ausweisstelle** (Referat ZR 3, Tel. 030/227-35708). Der Ausweis muss persönlich beantragt werden, das Formular erhalten Sie auch auf der Internetseite der Geschäftsstelle (www.vemdb.de) im Bereich Mit-

glieder. Antragsteller müssen sich als Ehemalige ausweisen (z. B. durch den alten Hausausweis oder durch den Ehemaligen-Ausweis).

Für gelegentliche Besuche im Deutschen Bundestag reicht der Ehemaligen-Ausweis. Fragen zu diesem Ausweis beantwortet Ihnen das **Tagungsbüro** (Referat ZT 4, Tel. 030/227-32659 oder -32251).

Wir begrüßen als neue Mitglieder:

Klaus Barthel (SPD)
MdB 1994-2017

Martin Dörmann (SPD)
MdB 2002-2017

Elvia Drobinski-Weiß (SPD)
MdB 2004-2017

Petra Ernstberger (SPD)
MdB 1994-2017

Karin Evers-Meyer (SPD)
MdB 2002-2017

Elke Ferner (SPD)
Parl. Staatssekretärin beim
Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(geschäftsführend)
MdB 1990-1998 u. 2002-2017

Iris Gleicke (SPD)
Parl. Staatssekretärin beim
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
(geschäftsführend)
MdB 1990-2017

Gabriele Groneberg (SPD)
MdB 2014-2017

Dr. Bärbel Grygier (DIE LINKE)
Bezirksbürgermeisterin a. D.
MdB 2002

Wolfgang Gunkel (SPD)
2005-2017

Michael Hartmann (SPD)
MdB 2002-2017

Christina Jantz-Herrmann (SPD)
MdB 2013-2017

Bernhard Kaster (CDU)
MdB 2002-2017

Fritz Rudolf Körper (SPD)
Parl. Staatssekretär a. D.
MdB 1990-2013

Steffen-Claudio Lemme (SPD)
MdB 2009-2017

Dr. Birgit Malecha-Nissen (SPD)
MdB 2013-2017

Markus Paschke (SPD)
MdB 2013-2017

Jens Petermann (DIE LINKE)
MdB 2009-2013

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD)
MdB 2002-2017

Prof. Dr. Klaus Dieter Reichardt (CDU)
MdB 1994-1998

Prof. Dr. Heinz Riesenhuber (CDU)
MdB 1976-2017

Petra Rode-Bosse (SPD)
MdB 2015-2017

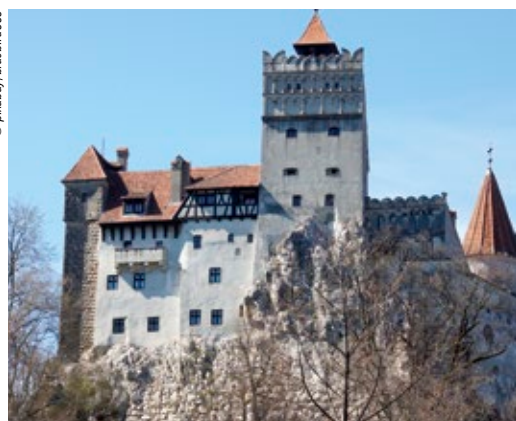
Dr. Uwe-Jens Rössel (DIE LINKE)
MdB 1994-2002

Edeltraut Töpfer (CDU)
MdB 1998-2005

Andrea Wicklein (SPD)
MdB 2002-2017

Brigitte Zypries (SPD)
Bundesministerin für
Wirtschaft und Energie
(geschäftsführend)
MdB 2005-2017

Mitgliederreise nach Rumänien



„Draculaschloss“ Schloss Bran

Vom 12. bis 20. Juni 2018 bietet die Vereinigung eine Mitgliederreise nach Rumänien an. Die Reise startet in **Bukarest**, der Hauptstadt Rumäniens. Weiter geht es durch die Karpaten und das

ländliche Transsilvanien (Siebenbürgen). Die in diesem Gebiet gegründeten Städte **Hermannstadt** (Sibiu), **Kronstadt** (Brasov) und Schäßburg (Sighisoara) sind die nächsten Ziele der Reise. Die Altstadt von Hermannstadt (2007 Europäische Kulturhauptstadt) und Kronstadt bieten die wohl schönsten zusammenhängenden architektonischen Ensembles in Rumänien. Schäßburg (seit 1999 UNESCO-Weltkulturerbe) ist ein Märchen aus längst vergangener Zeit. Die Reise endet im Westen des Landes in **Klausenburg** (Cluj Napoca). In der aufstrebenden Universitätsstadt haben einige große deutsche Unternehmen ihre Niederlassungen. Auf dieser Reise bestaunen Sie nicht nur die Schönheiten des Landes, sondern erhalten auch Einblicke in seine Politik. Die Teilnahme ist auf 30 Personen begrenzt.



Das alte Jahr hat's schlau gemacht,
fort ist's bei Nebel und bei Nacht.
Zum großen Glück für fern und nah,
war auf der Stell ein andres da.

(Johann Peter Hebel)

Die Geschäftsstelle wünscht besinnliche, erholsame und fröhliche Weihnachtstage. Für das kommende Jahr wünschen wir alles Gute, Glück, Gesundheit und Zufriedenheit. Auf ein Wiedersehen in 2018!

90 Jahre

- 14.04. Manfred Reimann
67133 Maxdorf
- 12.06. Dr. Helmut Geiger
10963 Berlin
- 23.06. Dr. Klaus von Dohnanyi
Bundesminister a. D.
20249 Hamburg
- 30.06. Franz Sauter
78736 Epfendorf

85 Jahre

- 05.01. Prof. Dr. Otto Wulff
58239 Schwerte
- 09.01. Helmut Schäfer
Staatsminister a. D.
14055 Berlin
- 01.02. Editha Limbach
53127 Bonn
- 16.02. Dr. Dr. h. c. Friedrich
Kronenberg
53177 Bonn
- 18.02. Julius Louven
47906 Kempen
- 19.02. Christian Lenzer
35745 Herborn-Burg
- 26.02. Alfons Pawelczyk
Senator a. D.
22391 Hamburg
- 21.03. Dr. Fritz Wittmann
81247 München
- 15.05. Ursula Schleicher
63739 Aschaffenburg
- 23.06. Dr. Erich Riedl
Parl. Staatssekretär a. D.
81375 München

80 Jahre

- 26.01. Carl-Detlev Freiherr von
Hammerstein
27404 Gyhum-Bockel
- 22.02. Prof. Dr. Christa Luft
12437 Berlin
- 25.02. Dr. h. c. Horst Schröder
Präsident Landes-
rechnungshof a. D.
53631 Königswinter
- 28.02. Hans Berger
66127 Saarbrücken
- 07.03. Dietrich Elchlepp
79211 Denzlingen
- 15.03. Prof. Dr. Ingomar
Hauchler
22605 Hamburg
- 08.04. Renate Diemers
23669 Timmendorfer
Strand
- 11.04. Eckart Kuhlwein
Parl. Staatssekretär a. D.
22949 Ammersbek
- 27.04. Reinhard Freiherr von
Schorlemer
49626 Bippen
- 06.05. Thea Bock
20146 Hamburg
- 16.05. Prof. Dr. h. c. Arnulf
Kriedner
01277 Dresden
- 22.06. Prof. Dr. Dr. Paul Laufs
Parl. Staatssekretär a. D.
70184 Stuttgart
- 23.06. Volkmar Kretkowski
47807 Krefeld

75 Jahre

- 25.01. Norbert Königshofen
45359 Essen
- 05.02. Ernst Hinsken
Parl. Staatssekretär a. D.
94353 Haibach
- 12.02. Prof. Dr. Hakki Keskin
10179 Berlin
- 14.02. Dr. Klaus W. Lippold
63128 Dietzenbach
- 23.02. Gerd Höfer
34626 Neukirchen
- 27.02. Manfred Müller
12359 Berlin
- 04.03. Georg Pfannenstein
92536 Pfreimd
- 23.03. Detlef Dzembitzki
Bezirksbürger-
meister a. D.
13467 Berlin
- 29.04. Dr. Margrit Spielmann
Bürgermeisterin a. D.
14776 Brandenburg
- 14.05. Prof. Klaus Daweke
32756 Detmold
- 15.05. Dr. Dieter Spöri
Minister a. D.
10785 Berlin
- 31.05. Dr. Antje Vollmer
Bundestagsvize-
präsidentin a. D.
10627 Berlin
- 20.06. Hansgeorg Hauser
Parl. Staatssekretär a. D.
91126 Rednitzhembach

Wir gedenken

- Karl Ravens
Bundesminister a. D.
† 08.09.2017
- Gerd Bollmann
† 17.09.2017
- Prof. Dr. Horst Posdorf
† 12.10.2017
- Herbert Helmrich
Minister a. D.
† 24.10.2017
- Wilhelm Rawe
Parl. Staatssekretär a. D.
† 03.11.2017
- Gunnar Uldall
Senator a. D.
† 14.11.2017
- Dr. Hermann Schwörer
† 23.11.2017

Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen
Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin
Telefon 030 / 22 79 20 28 · Fax 030 / 22 79 20 29
E-Mail: vemdb@t-online.de
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

Redaktion:

Rita Pawelski, Geschäftsführerin
der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen
Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
(verantwortlich)
Carmen Pägelow, Simone Thurow
Redaktionsschluss: 30.11.2017

Realisierung:

Konzeption, Layout: Holger Ebeling
Druck: MOTIV OFFSET GbR